

Rede von Marie Luise von Halem

Marie Luise von Halem spricht zum Konzept der Landesregierung „Übergang Schule – Beruf

>> [Zum Entschließungsantrag unserer Fraktion mit der CDU-Fraktion „Schulen beim „Übergang Schule – Beruf“ besser unterstützen“ \(pdf-Datei\).](#)

- Es gilt das gesprochene Wort!

[Anrede]

Gegenüber der ersten Lesung dieses Konzeptes werde ich meine oppositionellen Krallen jetzt etwas einfahren. Ja, es steht viel Gutes in dem Konzept. Und ich will den beteiligten

Akteuren auch nicht absprechen, mit gutem Willen die Übergänge zwischen Schule und Beruf geschmeidiger machen zu wollen.

Besonders zu begrüßen ist die Schaffung regionaler Verantwortungsstrukturen mit lokalen Koordinierungsstellen und die geplante rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit der Ministerien MASGF und MBSJ mit der Agentur für Arbeit, den Jobcentern und den Jugendämtern mit dem Ziel des Aufbaus von Jugendberufsagenturen. Die Tatsache, dass die kommunalen Bildungsaktivitäten zu jeweils unterschiedlichen Formen der Zusammenarbeit führen, ist Chance und Risiko zugleich: Natürlich kann es die kommunalen Akteure stärken, eigene Formate zu finden, andererseits erschwert es die Vergleichbarkeit im Sinne von Anreizen für produktive Weiterentwicklung. Wir warten ab.

Spezielle Berufs- und Studienorientierungskoordinator*innen an den Schulen zu schaffen, halten auch wir für eine gute Idee. Dass die Ressourcen dafür aus den bestehenden Schulpools genommen werden sollen, hingegen nicht. Dieser Schulpool muss so vieles leisten, wir wünschen uns schon seit Jahren eher eine Erweiterung der Stunden als eine Erweiterung der Aufgaben desselben. Ob die einzelnen Schulen wohl tatsächlich den Eindruck gewinnen werden, dass etwas sich im positiven Sinne ändert? Und warum die BUSS-Fachberaterinnen und -Fachberater nur den Oberstufenzentren zur Verfügung stehen sollen, erschließt sich mir auch weiterhin nicht.

Die Anzahl der Schulabgänger ohne Abschluss lag zum Ende des Schuljahres 2013/14 in Brandenburg bei 7,7%, im Bund bei 5,6. Die Quote der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge liegt in Brandenburg seit mehreren Jahren um die 29% und gehört zu den bundesweit höchsten. - Ja, das sind letztlich die Indikatoren, an denen sich die Konzepte der Landesregierung werden messen lassen müssen.

Und im Hinblick darauf, dass es hier ja in erster Linie darum geht, Jugendlichen mit schlechten Startchancen bessere Optionen zu eröffnen, gibt es auch noch ganz andere Baustellen: Was die Landesregierung gegen den Lehrkräftemangel an den Oberstufenzentren tun will, steht in den Sternen. Über die Zukunft der weiterführenden

Schulen im ländlichen Raum angesichts der demografischen Entwicklung kann nur gemutmaßt werden (unserem Vorschlag nach Einrichtung einer Demografiekommission II wollten Sie ja nicht folgen!) und das wichtigste Projekt zur Chancengerechtigkeit, die Inklusion, lassen Sie austrocknen, als wäre es der Aralsee!

2018 gibt es eine Neuauflage des Konzeptes zum Übergang von Schule zu Beruf. Mal sehen, ob wir die Krallen dann wieder ausfahren.

[>> Zum Entschließungsantrag unserer Fraktion mit der CDU-Fraktion „Schulen beim](#)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag



[„Übergang Schule – Beruf“ besser unterstützen“ \(pdf-Datei\).](#)